

Bericht zur internationalen Tagung « Demokratisches Denken und sozio-ökonomische Konzepte in der Zwischenkriegszeit: zur Bedeutung und Wirkung einer zentralen gesellschaftlichen Debatte in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Mitteleuropa ». 12.-14. April 2021, Université de Lorraine (online).

Von **Annette LENSING (ERLIS/Université de Caen Normandie)**, Reiner **MARCOWITZ (CEGIL/Université de Lorraine)**

„Die Wirtschaft ist das Schicksal“, hat Walther Rathenau, nach dem Ersten Weltkrieg zunächst deutscher Wiederaufbauminister, dann bis zu seiner Ermordung 1922 Außenminister, 1921 in einer Rede pointiert¹. Dieser Befund traf nicht nur auf die junge Weimarer Republik zu, sondern verwies zu Recht auf die zentrale Bedeutung, die ökonomische Fragen im weitesten Sinne letztlich für alle europäischen Staaten und sogar darüber hinaus in der Zwischenkriegszeit hatten. Da waren zunächst die wirtschaftlichen Folgeprobleme des Ersten Weltkriegs: die Liquidation der Kriegsschäden, die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft, einschließlich der Reintegration des Millionenheers ehemaliger Soldaten, sowie natürlich die Reparationsfrage und deren währungspolitischen Konsequenzen für Sieger wie Besiegte. Überdies stellte sich die Frage nach der sozialen Ausgestaltung des Wirtschaftssystems und einer gerechteren Vermögensverteilung, erst recht, als sich Mitte der 1920er-Jahre eine Phase zumindest relativer wirtschaftlicher Stabilität einstellte. Nach 1929 standen dann schließlich alle Industriestaaten angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise vor der Frage nach der richtigen Krisenstrategie.

Kein Wunder also, dass diese Entwicklung eine ganze Reihe von Forschungskontroversen ausgelöst hat: über verpasste revolutionäre Chancen in der frühen Nachkriegszeit ebenso wie über die wirtschaftlichen Kosten des wachsenden Sozialstaats oder auch dessen etwaige Überforderung bis hin zur Frage nach der richtigen Strategie zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise. Dennoch kann man mit Jens Hacke Forschungsdesiderate erkennen: „[E]s muss bisweilen erstaunen, wie wenig Aufmerksamkeit die politische Theorie und Ideengeschichte den sozioökonomischen Aspekten und dem Bereich wirtschaftlicher Ordnungsfragen bislang gewidmet hat“². Damit eng verbunden war die

¹ Rede auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in München, 28. September 1921, zit.n. <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k65677n/f249.item> (Zugriff am 12.05.2021).

² Jens Hacke: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit, Berlin 2018, S. 294.

Frage nach der Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess, und gerade deswegen entschieden wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen in der Zwischenkriegszeit auch über das Gelingen des demokratischen Experiments, sowohl in den etablierten Demokratien, als auch und vor allem in den aus den Kriegswirren erwachsenden jungen und oft instabilen Demokratien.

Beide Tatsachen haben die Träger des Forschungsprojekts « Welche Demokratie(n)? Reflexionen über die Krise, die Modernisierung und die Grenzen der Demokratie in Deutschland, Frankreich, England und Mitteleuropa zwischen 1919 und 1939 » (angeschlossen an die Universitäten von Lothringen, von Reims Champagne-Ardennes, von Straßburg, von Caen und von Augsburg sowie das Deutsche Historische Institut Paris) bewogen, dem folgenden Thema eine Tagung zu widmen : „Demokratisches Denken und sozio-ökonomische Konzepte in der Zwischenkriegszeit: zur Bedeutung und Wirkung einer zentralen gesellschaftlichen Debatte in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Mitteleuropa“. Ursprünglich als Präsenzveranstaltung an der Universität Lothringen in Metz geplant, hat die Tagung letztlich in Form einer Videokonferenz vom 12.-14. April 2021 stattgefunden. Mehr als 20 Kolleginnen und Kollegen – Nachwuchs- und etablierte Wissenschaftler/-innen unterschiedlicher Disziplinen (deutsche Landesstudien, Geschichts-, Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft) – aus Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg und Rumänien haben daran teilgenommen.

Während der drei Halbtage hat die Tagung die folgenden Fragen behandelt: Welchen Einfluss hatte der wirtschaftliche und insbesondere der wohlfahrtsstaatliche Diskurs auf die Beziehungen zwischen Volk und Demokratie? Wie drückten sich schon in der Zeit der Rätebewegung an der Wende zu den 1920er-Jahren und dann angesichts der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre die Kritik an der Demokratie und jene an der ökonomischen Theorie des Liberalismus aus? Auf welche Weise wurden schließlich wirtschaftsliberale Gedanken und Praktiken anschlussfähig an eine autoritäre politische Theorie und Praxis? Was waren die Bezugspunkte zwischen sozialer Demokratie und autoritärem Staat? Im Fokus der Tagung standen also sowohl die pragmatische Dimension – die Analyse der Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie sie in den verschiedenen Ländern während der Zwischenkriegszeit praktiziert worden ist, und deren Auswirkungen –, als auch die theoretische Ebene – die Untersuchung der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Theorien sowie die Analyse von deren jeweiligem ideologischen Hintergrund und ihrer Rezeption. In diesem Zusammenhang hatte auch die Analyse des Beitrags der Medien im weitesten Sinne (insbesondere im Kinofilm, der gedruckten Presse und der Literatur) zu dieser Debatte und ihre Darstellung des sozialen Lebens ihren Platz.

Gemäß dem komparatistischen Ansatz der Tagung, wie dem des Forschungsprojekts überhaupt, verfolgte diese Tagung das Ziel, die Bezugspunkte zwischen sozio-ökonomischer Entwicklung und dem Nachdenken über die Demokratie in den fraglichen Gesellschaften zu

untersuchen und nach den Konvergenzen und den Divergenzen zwischen den Fallstudien zu fragen. Die verschiedenen Beiträge und die lebhaften Debatten, die sich an sie anschlossen, verteilten sich auf fünf Sektionen: Nachdenken über die sozio-ökonomischen Leitlinien (Samuel FEREY/MSHL der Universität Lothringen, Sebastian HANSEN/Universität Düsseldorf, Dirk LUYTEN/Archives de l'Etat Belgique-Cege Soma Brüssel, Renée WAGENER/Universität Luxemburg); Die soziale Demokratie als Diskussionsgegenstand in den intellektuellen und medialen Milieus (Sebastian LIEBOLD/Universität Chemnitz, Maria ADORNO/Universität Köln, Iulia PETRIN/Universität « Alexandru Ioan Cuza); Die Wirtschaft im Prisma der Konzepte und Anwendungen (Julia-Anne DEMEL/Academie von Dijon, Christian ROQUES/Universität Reims Champagne-Ardennes); Das juristische Denken und sein sozio-ökonomischer Kontext (Péter TECHET/Universität Freiburg/Breisgau, Leonard WOLCKENHAAR/Humboldt-Universität Berlin); Das sozio-ökonomische System : zwischen Kritik und Opposition (Michel GRUNEWALD/Universität Lothringen, Bernd ZIELINSKI/Universität Paris Nanterre). Sie haben gezeigt, dass die Zwischenkriegszeit auch in puncto ökonomischem Denken eine sehr produktive Epoche war, zum einen weil der Erste Weltkrieg die bis dahin dominierenden traditionellen liberalen Überzeugungen vom notwendigen „laisser- faire“-Kapitalismus in Frage gestellt hatte; zum anderen weil auch die neuen ganz unterschiedlichen Konzepte konservativer, liberaler oder sozialistischer oder sozialdemokratischer Provenienz bereits Ende der 1920er-Jahre wieder durch die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise in Frage gestellt wurden.

Die Beiträge der Tagung haben erlaubt, diese Entwicklung genauer zu untersuchen: Ausgangs des Ersten Weltkriegs wurde die Frage der „Wirtschaftsdemokratie“, d.h. jene nach der demokratischen Organisation der Wirtschaft, von zentraler Bedeutung, so dass alle demokratischen Akteure sich mit ihr auseinandersetzen mussten. Trotz bezeichnender Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Staaten, setzte sich das Konzept der „sozialen Demokratie“ oder, genauer gesagt, des „demokratischen Kapitalismus“, Mitte der 1920er-Jahre in ganz Europa als ein Begriff durch, der zahlreiche Merkmale dessen aufwies, was wir heute unter einem „demokratischen Wohlfahrtsstaat“ verstehen. Dieser wies dem Staat eine doppelte Aufgabe zu: jene des Garanten der wirtschaftlichen Stabilität und jene eines Schiedsrichters in den etwaigen Konflikten zwischen den sozialen Partnern. Diese neue sozio-ökonomische Ordnung hat vorübergehend ein besseres Gleichgewicht zwischen den Interessen der Arbeitgeber und jenen der Beschäftigten geschaffen und legitimierte damit die neuen wie die etablierten parlamentarischen Demokratien in den Augen weiter Bevölkerungsteile. Der britische Jurist und Politiker James Bryce hatte diesen Zusammenhang bereits 1921 in seinem Standardwerk „Modern Democracies“ erörtert – und gleichzeitig, zumindest indirekt, bereits auf potentielle Risiken für die Akzeptanz von Demokratien hingewiesen: „It [the democracy] is

now valued not for what it is, but for what it may be used to win for the masses“³. Tatsächlich produzierte die neue Sozial- und Wirtschaftsordnung auch neue Enttäuschungen – vor allem bei jenen, die sich eine echte Sozialisierung wünschten – oder aber zusätzliche Konflikte – insbesondere mit den Unternehmern, die ihrerseits schon bald der neuen Verpflichtungen überdrüssig wurden.

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre geriet dieses Kompromissmodell dann endgültig in eine Krise: Angesichts der allgemeinen ökonomischen und politischen Verunsicherung verbreitete sich weit über das radikale Lager hinaus der Eindruck, dass die evidenten Krisensymptome, einschließlich des offensichtlich überforderten Sozial- und Interventionsstaates, nicht vorübergehende Fehler des politischen Betriebs und Personals offenbarten, sondern Ausweis eines strukturellen Defizits waren. Selbst innerhalb des demokratischen Lagers ertönte nun der Ruf nach durchgreifenden Reformen der politischen Entscheidungsabläufe, während die radikalen Gegner von links bis rechts jetzt sogar ihre Chance sahen, dem ihnen verhassten demokratischen „System“ endgültig den Garaus machen zu können. Folglich produzierte diese tiefe Krise des Kapitalismus eine Vielzahl neuer Theorien demokratischer und antidemokratischer Provenienz. Das betraf viele Länder, am stärksten aber sicher Deutschland, wo sich die Wirtschaftskrise zur Staatskrise, ja zur letalen Krise der parlamentarischen Demokratie auswuchs, weil „die totalitäre Versuchung“ (Detlev Peukert) hier am stärksten um sich griff.

Durch ihren doppelten Fokus auf die sozio-ökonomische und die politische Entwicklung verschiedener europäischer Staaten hat die Tagung „Demokratisches Denken und sozio-ökonomische Konzepte in der Zwischenkriegszeit: zur Bedeutung und Wirkung einer zentralen gesellschaftlichen Debatte in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Mitteleuropa“ sowohl zur besseren Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ideengeschichte und der ökonomischen Herausforderungen in der Zwischenkriegszeit beigetragen, als auch deren Bedeutung für den demokratischen Diskurs in dieser entscheidenden Epoche europäischer und globaler Geschichte aufgezeigt.

Alle Beiträge der Tagung einschließlich der Debatten wurden aufgezeichnet und sind auf der Seite des Centre d'études germaniques interculturelles de Lorraine (CEGIL) zugänglich : <http://cegil.univ-lorraine.fr/content/workshops-tagungen>. Auf derselben Seite finden sich auch alle weiteren Informationen zum gesamten Forschungsprojekt und seinen Veranstaltungen. Überdies werden verschiedene Beiträge der Tagung in Form eines Themendossiers in Nr. 2/2022 der „Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande“ veröffentlicht.

³ Zit. nach Jens Hacke : « Krise des politischen Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. Theoriegeschichtliche Sondierungen », in : Steffen Kailitz (Hrsg.) : Nach dem « Großen Krieg, Göttingen 2017, S. 69-88 (S. 70).